

Alternative

für
Deutschland

Stadtverband Düsseldorf

 Am 25. Mai AfD wählen!

NEU!
Bei der
Wahl gibt's
jetzt was zu
wählen.

Kommunal-Wahlprogramm für die Stadtratswahl in Düsseldorf am 25. Mai 2014

 Am 25. Mai AfD wählen!

Kommunalwahl-Programm für Düsseldorf der ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

Die **ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND** ist auch eine **Alternative für Düsseldorf**. Uns geht es nicht nur um das Thema Euro-Rettung, sondern vielmehr um eine nachhaltige, am Bürger orientierte Politik, die sich auf die Zukunft unserer Kinder, unserer Stadt und unseres Landes konzentriert. Nach dem Achtungserfolg bei der Bundestagswahl, bei der wir aus dem Stand mehr als 2 Millionen Wählerstimmen erhalten haben, tritt die AfD nun auch zu den Düsseldorfer Kommunalwahlen an.

Unsere Kernaussagen in der Kommunalpolitik sind:

- mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung gegenüber dem Land NRW, das die Stadt Düsseldorf durch den Kommunal soli stark belasten will, und gegenüber dem Bund, der den Kommunen immer größere soziale Lasten (z. B. bei der Unterbringung von Wirtschaftsflüchtlingen) aufbürdet, ohne für deren Finanzierung zu sorgen
- für die Rückkehr zu soliden Stadtfinanzen, für ein Ende der großen Defizite und der Verschuldungspolitik durch teure Prestigeprojekte
- Bereitstellung städtischer Grundstücke für bezahlbaren Wohnraum insbesondere für Familien und Senioren.
- für einen weiteren Ausbau und Erhaltung von KiTas, Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen, um den gestiegenen Geburtenzahlen in Düsseldorf gerecht zu werden und weiterhin eine hohe Freizeitqualität für Düsseldorf zu gewährleisten. Die Bereitstellung von kostenlosen KiTa-Plätzen ist ein Markenzeichen für ein familienfreundliches Düsseldorf und auch in Zukunft unbedingt sicherzustellen.
- für eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch mehr Präsenz des städtischen Ordnungsdienstes und der Polizei sowie durch eine Ausweitung der Video-Überwachung an Brennpunkten.

Diese neue Politik möchte die **ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND** auch in unser **Düsseldorfer Rathaus bringen!** Dabei kann die Verbesserung des sozialen Umfelds in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulen, Sport, Kultur und öffentliche Sicherheit durch ein effizienteres städtisches Finanzmanagement (vgl. Punkt 6.) und die Abschaffung des Kommunal-Soli gut finanziert werden.

1. Für mehr Bürgerbeteiligung in Düsseldorf

Die AfD ist im wahrsten Sinne des Wortes eine bürgerliche Partei: Die Grundüberzeugung, dass mündige Bürger das politische Geschehen soweit wie möglich bestimmen sollen, ist Richtlinie unseres Handelns. Deshalb werden wir uns im Stadtrat für faire Bürgerbeteiligung einsetzen und bei richtungsweisenden Entscheidungen einen Bürgerentscheid beantragen.

Bürgerentscheide haben sich bei umstrittenen Entscheidungen als konstruktiver Lösungsansatz bewährt. Deshalb werden wir bei richtungsweisenden Entscheidungen, die die Stadt über Jahre prägen und/oder hohe finanzielle Belastungen mit sich bringen, einen Bürgerentscheid beantragen, insbesondere bei

- großen Bauprojekten, wie z. B. der U-Bahn-Linie 81 oder dem Container-Hafen Reisholz und
- bei geplanten Schließungen von Einrichtungen, wie z. B. der geplanten Schließung des Allwetterbades in Flingern

Wenn sich Bürger beteiligen, dann brauchen sie Transparenz und müssen wissen, wie ihre Vorschläge einbezogen werden. Deshalb fordern wir eine frühzeitige Information der Bürger über die wichtigsten Projekte und Planungen der Stadt durch eine fortlaufend aktualisierte »Vorhabenliste«.

Wir fordern, das Ratsinformationssystem zu erweitern und im Sinne des offenen Verwaltungshandelns so viele Informationen wie rechtlich möglich zur Verfügung zu stellen.

Wir fordern, dass die Verwaltung die notwendigen Informationen nicht erst auf Antrag, sondern eigeninitiativ zur Verfügung stellt.

Wir sind davon überzeugt, dass verstärkte Transparenz und Bürgerbeteiligung bei wichtigen Politik-Entscheidungen die Qualität des städtischen Handelns wesentlich verbessern wird – im Interesse und zum Nutzen der Bürger der Stadt Düsseldorf.



Wir freuen uns über Ihre Spende:
AfD Stadtverband Düsseldorf
IBAN: DE61 3016 0213 0031 0100 12



2. Kitas und Schule

Von 2001 bis 2013 ist die Anzahl der jährlichen Geburten in Düsseldorf stetig von 5.035 auf 7.850 gestiegen. Dies entspricht über den Zeitraum von 12 Jahren einer mehr als 50%igen Steigerung. Leider ist die Anzahl der KiTa-Plätze in Düsseldorf nicht annähernd mitgewachsen.

- Zum Beispiel gab es im KiTa-Jahr 2009/10 nur 18.131 Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter (unter 6 Jahren). Dem standen jedoch 32.924 Kinder im Vorschulalter gegenüber. Die Betreuungsquote betrug somit durchschnittlich nur 55%.
- Besonders dramatisch ist die Situation bei den U3-Kindern (unter drei Jahren). Aktuell beträgt dort die Betreuungsquote sogar nur 38,5%.
- Die Stadt Düsseldorf erfüllt schon heute die gesetzliche KiTa-Platz Garantie nicht. Im Januar 2014 konnten 2.265 Kinder mit Betreuungswunsch nicht betreut werden!
- Wenn die kommenden geburtenstarken Jahrgänge KiTa-Plätze benötigen, wird die Betreuungsquote noch weiter zurückgehen und sich das Problem weiter verschärfen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Anzahl der Grundschulplätze. Hier sind ebenfalls zu wenige Plätze vorhanden. Es wird in naher Zukunft ein noch deutlicherer Mangel herrschen. Erhebliche Betreuungsprobleme und inakzeptabel hohe Schülerzahlen pro Klasse sind die Folge.

Die AfD fordert die Stadtverwaltung auf, den Ausbau und Erhaltung von KiTa-Plätzen und (Grund-) Schulen stärker zu fördern. Aufgrund des erfreulich starken Geburtenanstiegs in Düsseldorf muss das Angebot an KiTa-Plätzen viel stärker ausgeweitet werden, als dies bisher beabsichtigt ist. Ansonsten ist das familienfreundliche Umfeld in Düsseldorf und die damit verbundene Attraktivität für Familien nicht mehr zu gewährleisten.

Leistungsorientierung und Differenzierung sind wichtige Bestandteile eines schulischen Bildungswesens. Gymnasien, Real-, Haupt- und Förderschulen sind insgesamt bewährte Bestandteile des gegliederten Schulsystems mit hoher Wertschätzung. Die AfD fordert den Erhalt des gegliederten Schulsystems und unterstützt einen sinnvollen Ausbau des Ganztagsangebots durch Förderunterricht, Hausaufgabenbetreuung, Arbeitsgemeinschaften und Sportförderung.

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Integration in das Schul- und Bildungssystem. Die AfD fordert daher, dass schulpflichtige Kinder mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen verpflichtend zum Erwerb der deutschen Sprache geschult werden, um deren Integration zu erleichtern und den Lernerfolg möglichst aller Schüler zu ermöglichen.

3. Sicherheit und Verbrechensbekämpfung

In Düsseldorf wurden im letzten Jahr 87.610 Straftaten zur Anzeige gebracht; die Aufklärungsquote sank leicht auf 46%. Von den 3.205 Wohnungseinbrüchen konnten sogar nur 13% aufgeklärt werden. Die Hälfte dieser Einbrüche ist als Folge der offenen Grenzen – laut NRW-Innenministerium* – organisierten Banden aus Süd-Ost-Europa zuzurechnen, deren Verfolgung besonders schwierig ist. Alle diese Straftaten beeinträchtigen die Sicherheit und das Lebensgefühl der Düsseldorfer Bürger.

Um die Sicherheit der Bürger zu verbessern, braucht Düsseldorf eine größere Präsenz sowohl der Polizei als auch des städtischen Ordnungsdienstes.

Die AfD fordert deshalb, dass Polizei und Ordnungsdienst endlich mehr Personal und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Polizei muss sich bei der Verbrechensbekämpfung und Aufklärung der rückhaltlosen Unterstützung städtischer Führungsspitzen und der Kommunalpolitik sicher sein. Ein härteres Durchgreifen gegen gewaltbereite Straftäter ist erforderlich, um die Bürger, ihr Eigentum, aber auch die Hüter des Gesetzes selbst, zu schützen. Gefährdete Wohngebiete mit überdurchschnittlich vielen Einbrüchen sollen durch verstärkte Patrouillenfahrten, gegebenenfalls durch einen Ordnungsdienst geschützt werden.

Die Videoüberwachung sollte in der Düsseldorfer Altstadt und an anderen bekannten Brennpunkten der Stadt erweitert werden, um mögliche Straftaten zu erkennen, schnell er eingreifen und die Täter besser verfolgen zu können.

Die Ansprüche der Bürger vor Gericht sollten zeitnah behandelt werden; langjährige Prozesse, z. B. durch häufige Terminverlegungen, beschädigen das Ansehen des Rechtsstaats.

Straftaten – auch die von Minderjährigen – müssen in Zukunft schneller abgeurteilt bzw. final entschieden werden. Ausländische Straftäter, die ihr Gastrecht missbrauchen, sollten schneller ausgewiesen werden und deren Rückkehr verhindert werden. Die Rechtsprechung nimmt jedoch häufig zu sehr Rücksicht auf Befindlichkeiten von Straftätern. **Für die AfD dagegen geht Opferschutz vor Täterschutz.** Polizei und mutige Richter brauchen mehr öffentliche Anerkennung und leistungsgerechte Bezahlung. Wir brauchen ehrliche Statistiken über die Zahl der Straftaten und die Herkunft der Täter, damit wir über Lösungen offen debattieren können – ohne Rücksicht auf die „Politische Korrektheit“.

**Die Bürger sind systemrelevant.
Sonst nichts.**



* Quelle: <http://m.mik.nrw.de/presse-mediathek/aktuelle-meldungen/archiv/archiv-meldungen-im-detail/news/deutlich-mehr-wohnungseinbrueche-in-nordrhein-westfalen.html>

4. Zuwanderung und Integration

Düsseldorf ist eine weltoffene Stadt. Qualifizierte Einwanderer sind uns willkommen; sie tragen zur allgemeinen Lebensqualität und Vielfalt bei und sichern die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Düsseldorf.

Einwanderer haben Rechte, aber auch Pflichten. Zu den Pflichten gehört die Bereitschaft, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren: durch das Beherrschen der deutschen Sprache, durch Respekt vor Recht und Ordnung, insbesondere dem Gewaltmonopol des Staates, und vor unserer Kultur und Tradition, aber auch durch die Zahlung von Steuern und Abgaben.

Für eine erfolgreiche Integration ist in Düsseldorf darauf zu achten, dass keine Problemstadtviertel bzw. sozialen Brennpunkte durch unkontrollierten Zuzug oder absichtliche geballte Ansiedlung in einzelnen Stadtteilen entstehen. Eine Ghetto-bildung ist zu verhindern.

Wir stehen fest zum grundgesetzlich garantierten Recht auf Asyl für politisch Verfolgte, aber die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und anderen Flüchtlingen und die Unterrichtung ihrer Kinder verursacht der Stadt Düsseldorf erhebliche Kosten. Die AfD fordert, dass diese Belastung vom Bund und nicht von den Kommunen getragen wird.

Das wäre auch machbar, wenn die Bundesregierung nicht der Umwandlung der Europäischen Währungsunion in eine Haftungsunion zugestimmt hätte, wodurch große Teile unseres Volksvermögens bedroht sind und bereits Dutzende von Milliarden Euro in die Krisenstaaten geflossen sind. Dieses Geld fehlt nun in Deutschland und auch in Düsseldorf. Für diese falsche Politik der Eurorettung sollen jetzt die Kommunen bluten - das darf nicht sein! Die AfD wird sich daher mit aller Kraft dafür einsetzen, dass diese finanziellen Lasten nicht den Kommunen aufgebürdet werden.

Leider verschärfen auch deutsche Gerichte die finanzielle Belastung der Kommunen weiter: Nach einem Urteil des NRW-Landessozialgerichts haben Bürger aus anderen EU-Ländern auch dann Anspruch auf Sozialleistungen durch die Kommunen, wenn sie hier keinen Arbeitsplatz finden. Das könnte zu einem weiteren Ansturm auf die deutschen Sozialsysteme führen. **Deshalb ist es höchste Zeit, für steuerfinanzierte Sozialleistungen das Heimatlandprinzip einzuführen:** danach müssten EU-Ausländer die Sozialhilfe von ihrem Heimatland verlangen, das ja ebenfalls dem Sozialstaatsgebot der EU verpflichtet ist.



Frauke Petry, AfD-Bundessprecherin



5. Sport, Vereinsleben, Kunst und Kultur

Düsseldorf ist eine Stadt mit einem sehr hohen Freizeitwert. Damit das so bleibt, muss allerdings bei den aktuellen Fehlentwicklungen konsequent gegengesteuert werden. Diese Fehlentwicklungen liegen vor allem in der Verantwortung der städtischen Entscheidungsträger.

Die Schließung weiterer Sport- und Freizeiteinrichtungen, wie z. B. des Allwetterbads Flingern, muss verhindert werden. Eine ortsnahe, auch für Kinder gut erreichbare und funktionsfähige Sportinfrastruktur ist Voraussetzung für eine florierende Aktivität in den Sportvereinen. Diesen haben für unser Gemeinwesen zwei zentrale Aufgaben:

- Kinder und Jugendlichen aller Schichten und Milieus attraktive Freizeitgestaltung und Körpererächtigung anzubieten und
- ihnen mit dem Vorleben von „Sportsgeist“ ein friedliches Miteinander und fairen Wettkampf zu vermitteln.

Die AfD Düsseldorf bekennt sich zum Vereinswesen und zur Pflege des Düsseldorfer Brauchtums, insbesondere zum Karneval und den Schützenvereinen. Wir begrüßen Vereine als Orte des Austausches, in denen Bürgergesellschaft aktiv gelebt wird, Freundschaften gepflegt werden und der Vereinsamung der Menschen entgegengewirkt wird. Zusätzlich wirken Vereine und Brauchtum identitätsstiftend und stärken das „Wir-Gefühl“ der Düsseldorfer, seien sie „eingeboren“ oder zugereist.

Das traditionsreiche Kunst- und Kulturwesen in Düsseldorf weist aktuell in wesentlichen Bereichen deutliche Schwächen auf:

- Das Schauspielhaus musste mit einer Millionenspritze vor der Insolvenz gerettet werden. Massive Defizite bei Controlling und Rechnungswesen waren der Stadt als Gesellschafter jahrelang nicht aufgefallen. Seit Ende 2012 wird erfolglos nach einem neuen Intendanten für das Schauspielhaus gesucht, was das künstlerische Niveau in den letzten Jahren verschlechtert hat.
- Für den Generalmusikdirektor der Tonhalle gibt es ebenfalls keinen Nachfolger. Die Rheinoper, 2007 umfangreich saniert, hat bis heute (nach 7 Jahren!) keine vollständige Betriebserlaubnis.
- Neben den großen städtischen Häusern müssen nicht zuletzt die kleineren bzw. privaten Theater deutlicher gewürdigt und eigens gefördert werden, da sie zur kulturellen Tradition der Stadt gehören und zum guten Ruf des Düsseldorfer Kunst- und Kulturwesens beitragen.

5. Sport, Vereinsleben, Kunst und Kultur (Forts.)

Es fehlt an umfassenden Kultur-Initiativen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, insbesondere im Bereich der Pop-Musik und der freien Theater bzw. Kunstszenen. Wie bei der Sportförderung kann auch hier die Bedeutung für eine gedeihliche Entwicklung junger Menschen nicht überschätzt werden.

Die AfD Düsseldorf fordert, Entwicklungsschwerpunkte für Kunst und Kultur zu definieren und wirksame Steuerungs- und Kontrollmechanismen bei den Kunst- und Kulturbetrieben einzuziehen. Die Förderung der Musikschulen, insb. der Clara-Schumann-Musikschule, ist zu verbessern.

6. Finanzen der Stadt Düsseldorf

Anders als behauptet hat die Stadt Düsseldorf keinen ausgeglichenen Haushalt und ist nicht schuldenfrei. Die Düsseldorfer Bürger werden über den wahren Zustand der Stadtfinanzen getäuscht.

Der Haushalt der Stadt Düsseldorf ist stark defizitär:

Gemäß Finanzrechnung 2013 beträgt das voraussichtliche Defizit 232 Mio. EUR. Von 2009 bis 2013 war das kumulierte Defizit gemäß Finanzrechnung 690 Mio. EUR – trotz Immobilienverkäufen von 189 Mio. EUR. Zusammengenommen ist dies ein Substanzverzehr von 879 Mio. EUR in 5 Jahren!

Diese Defizite finanziert Düsseldorf zur Zeit noch aus früher gebildeten Rücklagen, und nur deshalb „gilt“ der Düsseldorfer Haushalt haushaltsrechtlich als ausgeglichen. Tatsächlich ist er aber stark defizitär. Auch für 2014 wird ein Defizit geplant.

Die Stadt Düsseldorf ist nicht mehr schuldenfrei:

2009 hatte Düsseldorf (inkl. der Holding der Stadt Düsseldorf) noch ein Netto-Guthaben (nach Abzug der Schulden) von 486 Mio. EUR. Dieses Polster wurde verbraucht. Unter Verrechnung von Guthaben und Schulden hat Düsseldorf Ende 2013 eine Nettoverschuldung von rund 200 Mio. EUR (inkl. erhaltener Anzahlungen).

Hinzu kommen aber die aus dem Haushalt ausgelagerten Netto-Finanzverbindlichkeiten der kommunalen Betriebe (z. B. Stadtentwässerung u.a.) von zusammen 390 Mio. EUR (Ende 2012). Zusammen betragen die städtischen Netto-Schulden rund 590 Mio. EUR. Von „wirtschaftlicher Schuldenfreiheit“ kann also keine Rede sein.

6. Finanzen der Stadt Düsseldorf (Forts.)

Verschlimmert wird die Situation durch krasses Missmanagement der Stadtfinanzen:

115 Mio. EUR Verlust durch schlampiges Forderungsmanagement: Die Forderungen der Stadt Düsseldorf mussten um 115 Mio. EUR wertberichtigt werden. Disziplinarische Maßnahmen wurden trotz dieses katastrophalen Prüfungsergebnisses nicht ergriffen. Wie viele KiTas hätte man z. B. dafür bauen können!

Der **kommunale Personalaufwand** (535 Mio. EUR 2014) ist viel zu hoch. Pro Einwohner und Jahr beträgt er im Landesdurchschnitt 627 EUR (2011), in Düsseldorf aber 813 EUR (2011) – ist in Düsseldorf als **30 % höher als im Landesdurchschnitt** und steigt seit Jahren weiter (+4% in 2014). Ein Einsparwille ist nicht erkennbar.

Die wahre Finanzlage wird verschleiert, Controlling und Revision versagen:

- Die Planungen sind regelmäßig zu optimistisch: 2013 wurde statt eines geplanten Defizits von 101 Mio. EUR ein tatsächliches Defizit von voraussichtlich 232 Mio. EUR erzielt!
- Eine unabhängige professionelle Abschlussprüfung findet nicht statt.
- Ein Konzernabschluss wird nicht aufgestellt. Schulden von fast 400 Mio. EUR werden in nicht konsolidierte Kommunalbetriebe ausgelagert und dort versteckt. Damit wird ein falsches Bild der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage der Stadt Düsseldorf vermittelt. Das ist Wählertäuschung!

Am 10. April 2014 hat der Rat der Stadt Düsseldorf gegen die Stimmen von SPD und Linkspartei eine Schuldenbremse beschlossen. Auch die AfD Düsseldorf fordert eine Schuldenbremse. Allerdings stellt auch dieser Beschluss leider wieder eine Wählertäuschung dar, denn in die Betrachtung werden wesentliche Bereiche wie z. B. die Kommunalbetriebe nicht mit einbezogen, die hoch verschuldet sind und weiter munter Schulden machen.

**Mut zur
Wahrheit.**

**... auch in der Düsseldorfer
Kommunalpolitik**

6. Finanzen der Stadt Düsseldorf (Forts.)

Daher fordert die AfD Düsseldorf

- Die Verwaltung soll endlich offen und ehrlich über die wahre finanzielle Situation der Stadt berichten, ohne diese schön zu reden.
- Controlling und Revision müssen unabhängig von politischen Weisungen nach bestem Wissen und Gewissen ihre Tätigkeiten (inklusive Finanzplanung) ausüben (dürfen).
- mehr Transparenz durch einen Konzernabschluss unter Einbeziehung der städtischen Kommunalbetriebe und eine unabhängige professionelle Jahresabschlussprüfung
- sowie die Einbeziehung der städtischen Kommunalbetriebe in die Schuldenbremse
- Prüfung und Bewertung des Verwaltungsapparats und der Verwaltungskosten nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten
- Kooperation mit Transparency International Deutschland e.V., um besser Korruption und Amtsmissbrauch vorzubeugen bzw. zu verhindern.

Nur so können Schlampereien wie der Verlust von 115 Mio. EUR bei städtischen Forderungen oder Vetternwirtschaft und Champagner-Parties wie bei der stadteigenen IDR besser verhindert werden und nur so kann die nun beschlossene Schuldenbremse auch wirksam werden.

Neben den selbstgemachten Problemen wird der Düsseldorfer Stadthaushalt zusätzlich durch die rot-grüne Mehrheit im nordrhein-westfälischen Landtag belastet: Trotz heftiger Proteste hat diese den umstrittenen "Kommunal-Soli" verabschiedet. Danach müssen finanzstärkere Kommunen von 2014 bis 2022 jährlich 91 Millionen Euro für finanzschwache Städte und Gemeinden aufbringen, ursprünglich war von der rot-grünen Regierung sogar eine doppelt so hohe Summe geplant. Düsseldorf soll nun mit 13,3 Millionen Euro pro Jahr, also insgesamt rund 120 Mio. EUR, zur Kasse gebeten werden.

Hier wird, wie schon bei der Rettung der Krisen-Staaten in der EURO-Staatsschulden-Krise, ein vollkommen falsches Signal gesetzt: Besser wirtschaftende Städte werden bestraft, schlecht wirtschaftende Städte belohnt.

Die AfD fordert daher entschieden, dass der Kommunalsoli wieder abgeschafft wird. Sollte die Landesregierung nicht einlenken, ist der Rechtsweg durch die Stadt Düsseldorf konsequent zu beschreiten.

Wahlaufruf für die Europa- und Kommunalwahl am 25. Mai 2014:

Am 25. Mai AfD wählen!

In der Europa-Politik steht die AfD insbesondere für

- ein starkes und demokratisches Europa der souveränen Staaten, ohne einen überbordenden und demokratisch nicht legitimierten Verwaltungsapparats, der an den gewählten Parlamenten vorbei in immer mehr Lebensbereiche hineinregiert
- eine eigenverantwortliche Fiskalpolitik der Staaten ohne Haftungsunion und mit der Möglichkeit des Ausstiegs von Ländern aus dem EURO, wenn die Währungsunion diesen Ländern schadet
- eine bessere Steuerung der Zuwanderung nach kanadischem Vorbild (Punktesystem)
- die Stärkung deutscher Interessen innerhalb der europäischen Union, auch und vor allem für die nachfolgenden Generationen.

In der Düsseldorfer Kommunalpolitik steht die AfD insbesondere für

- mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung
- die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung gegenüber dem Land NRW und dem Bund, die die Kommunen immer mehr belasten
- für die Rückkehr zu soliden Stadtfinanzen, für ein Ende der großen Defizite und der Verschuldungspolitik durch teure Prestigeprojekte
- Bereitstellung städtischer Grundstücke für bezahlbaren Wohnraum insb. für Familien und Senioren.
- für einen weiteren Ausbau und Erhaltung von Kitas, Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen,
- für eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung



Deshalb bitten wir Sie: Beide Stimmen für die AfD !!!

Europawahl: AfD Liste 20 und Stadtratswahl: AfD Liste 10¹¹



Dr. Ulrich Wlecke (Platz 1 der Reserveliste)

Diplom-Kaufmann, 55 Jahre, verheiratet, 3 Kinder, Unternehmer.

„Als Unternehmer ist es mir wichtig, dass die Stadt Düsseldorf wieder zu einer soliden Haushaltspolitik zurückkehrt und nicht mehr das Erbe des viel zu früh verstorbenen OB Erwin durch riesige Haushaltsdefizite (über 200 Mio. EUR allein in 2013) verspielt. Als Vater von drei schulpflichtigen Kindern werde ich mich besonders für die Verbesserung der Schul- und KiTa-Situation in Düsseldorf einsetzen.“



Nic Vogel (Platz 2 der Reserveliste)

47 Jahre, Unternehmer, seit 25 Jahren Importe aus den U.S.A, Japan und GB. Politik- Neueinsteiger mit viel Enthusiasmus.

„Als Sportler und Musiker möchte ich mich die in die Bereiche Kultur und Freizeitsport einbringen. Meine Erfahrung in Sachen Organisation, Logistik und Finanzmanagement sowie meine sozialen Kontakte sind gute Voraussetzungen für effektive, freundliche und bürgernahe Politik.“



Uta Opelt (Platz 3 der Reserveliste)

Diplom-Kaufmann, 43 Jahre, staatlich geprüfte Tennislehrerin, eine Tochter, für eine große Wirtschaftsprüfungsgesellschaft tätig.

„Besonders am Herzen liegt mir: Für die Interessen unserer jüngsten und älteren Bürger zu kämpfen! Ausbau und Qualitätsverbesserung der Kinderbetreuung. Bessere technische Ausstattung unserer Schulen und Sportstätten. Bessere Bedingungen für Senioren.“



Axel S. Lange (Platz 4 der Reserveliste)

47 Jahre, Diplom-Kaufmann, in fester Beziehung, „2+3“ Kinder, selbstständiger Unternehmensberater

„Ich habe mich mit der AfD zum ersten Mal einer Partei angeschlossen, weil ich als Familienvater den etablierten Parteien in den entscheidenden politischen Fragen überhaupt nicht mehr vertraue, mich nicht mehr vertreten fühle und nicht nur immer meckern, sondern auch Verantwortung für unser Gemeinwesen übernehmen und anpacken will.“ ¹²